

Bern

Bund, 15.05.2020



Dichtstress war bei der Stadtratssitzung in der Dreifachturnhalle im Wankdorf kein Thema. Dafür die billigen Plätze ganz vorn bei der Sprossenwand. Foto: Raphael Moser

Die Störenfriede müssen ganz vorn sitzen

Stadtrat Bei der Stadtratssitzung in der behelfsmässig eingerichteten Wankdorf-Turnhalle ist vieles wie immer: Die Linke setzt sich durch – und die SVP ärgert sich.

Fabian Christl

Punkt 17 Uhr klingelt Ratspräsidentin Barbara Nyffeler (SP) die Glocke. Nach zwei Monaten pandemiebedingter Pause tagt am Donnerstagabend Berns Stadtparlament erstmals wieder. Allerdings nicht im Rathaus, sondern in der behelfsmässig eingerichteten Dreifachturnhalle Wankdorf. Schliesslich gilt trotz Lockdown-Lockerung noch immer die Losung des Abstandhaltens. Und der Grossratssaal mag zwar einigermaßen altherwürdig sein, aber halt auch sehr eng.

Das Wiedersehen nach zwei Monaten Pause: Man stellte es sich ein wenig wie eine Schulklasse nach den Sommerferien vor, lag aber falsch. Der gestaffelt organisierte Einlass verhindert Pulkbildung vor dem Eingang und die weit voneinander entfernt aufgestellten Tische den sonst üblichen Schwatz mit den Sitznachbarn. Die Stimmung also: gedämpft statt euphorisch.

Teuschers Freude

Einzig Gemeinderätin Franziska Teuscher (GB) zeigt sich begeis-

tert: So geordnet habe sie den Stadtrat noch nie erlebt, sagt sie strahlend und mokiert sich ein wenig über die in «in Reih und Glied» sitzenden Parlamentarier. Tatsächlich: Ruhiger und konzentrierter hat man das illustre Berner Stadtparlament noch selten debattieren sehen.

Umso grösser der Ärger dafür bei der SVP. Wie es weitsichtige Lehrpersonen mit Störenfriedentun, hat das Ratsbüro die SVP-Stadträte wie Erich Hess und Fraktionschef Alexander Feuz in die vorderste Reihe, direkt vor die Sprossenwand, gesetzt. Es sei saukalt und man sehe überhaupt nichts, moniert Hess bei der Zigi-Pause. In der Tat hat nicht einmal Ratspräsidentin Nyffeler von ihrem Platz auf der Bühne aus freie Sicht auf die erste Reihe. Den SVPlern bleibt also nichts anderes übrig, als Wortmeldungen mit Hüpfen und Winken anzumelden. Gleich ergeht es der Freien Fraktion. Doch wie gewohnt ertragen die vier Links-aussen-Stadträte ihr Schicksal stoisch.

Doch der Ärger der SVP hat auch andere Gründe: So lehnt die Ratsmehrheit den SVP-Antrag

auf eine ausserordentliche Corona-Debatte gleich zu Beginn der Sitzung ab. Angesichts der zahlreichen bereits geführten Sonderdebatten zu Polizei und Reiterschule liegt die SVP mit ihrer Verurteilung, es habe eher mit dem Absender als mit der Forderung zu tun, wohl nicht ganz falsch. Auch wenn die Platzierung der ersten Reihe angesichts der grosszügigen Platzverhältnisse ungünstig gewählt ist, muss man dem Ratsbüro ein Kränzchen winden. Wie Ratspräsidentin

Nyffeler selber ausführte, war ein Kraftakt nötig, um die Sitzung zu ermöglichen. Angesichts des «engen Netzes aus bundesrätlichen Verordnungen und regierungsrätlichen Vorgaben» sei es nicht einfach gewesen, die Bewilligung für das Treffen zu erhalten.

An alles gedacht

Letztlich galt es sogar, Alternativen zu den von Hand unterzeichneten Vorstössen zu finden – schliesslich könnte es zu Übertragungen kommen, wenn mehrere Personen dasselbe Stück Papier unterzeichnen. Auch die Bereitstellung der nötigen Technik in der nicht dafür eingerichteten Sporthalle sei nicht einfach gewesen, heisst es. Funktioniert hat trotzdem alles bestens.

Dass das Ratsbüro die Mühen auf sich genommen hat, ist nicht nur demokratiepolitisch begründet. Es hat auch mit der Dringlichkeit eines Geschäfts zu tun: des Kredits und der Abstimmungsbotschaft zum Neubau der Heilpädagogischen Sonderschule. Die Abstimmung ist im

Herbst vorgesehen, was eine schnelle Genehmigung des Stadtrats voraussetzt.

Das sagt man nicht

Bei der Debatte zeigt sich, dass sich an den politischen Positionen trotz Corona nicht viel geändert hat. Die SVP fordert vergebens mehr Parkplätze, die FDP moniert – ebenfalls vergebens – die hohen Kosten (30,8 Millionen Franken), und die Ratslinke fordert – erfolgreich –, das Abstimmungsbüchlein politisch korrekter zu formulieren. Nun sind Sonderschulen nicht mehr auf «Kinder und Jugendliche mit Behinderungen» spezialisiert, sondern auf «Kinder und Jugendliche mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen, die in der Regelschule nicht ihren Möglichkeiten entsprechend genügend gefördert werden können».

Auch die nächsten Stadtratssitzungen werden wohl in der Wankdorf-Turnhalle abgehalten werden müssen. Frühestens nach der Sommerpause steht dann der Umzug in die Stammlokalität zur Debatte. Zur Freude der SVP und zum Ärger von Teuscher.

Grosses Polizeiaufgebot für Corona-Demo

Versammlungsverbot Anders als letzten Samstag werden die «Corona-Gegner» nun auf Widerstand treffen.

Der für Samstag angekündigten Kundgebung von Gegnern der Coronamassnahmen will die Berner Kantonspolizei mit einem deutlich grösseren Aufgebot begegnen als letzten Samstag. Sie pocht auf das bestehende Veranstaltungs- und Kundgebungsverbot.

Dieses Verbot hatte ein paar hundert «Corona»-Gegner am 2. und 9. Mai auf dem Bundesplatz bereits kalt gelassen. Die Kundgebungen konnten jeweils nur langsam aufgelöst werden, wie die Kantonspolizei in einer Mitteilung schreibt. Sachliche Gespräche mit den Kundgebungsteilnehmenden seien kaum möglich gewesen.

Doch genau dies sei ein wesentlicher Grundsatz, wenn es darum gehe, dass die Polizei die Covid-Verordnung des Bundes durchsetzen müsse. «Führen Gespräche nicht zum Ziel, muss die Polizei im Rahmen der Verhältnismässigkeit die nötigen Massnahmen treffen», so die Polizei. Im Falle einer Veranstaltung und der Missachtung der polizeilichen Anweisungen kündigt die sie Personenkontrollen und Anzeigen an.

Erstmals wieder Markt

Die Berner Stadtregierung hatte am Mittwoch die Bevölkerung aufgerufen, auf die Kundgebung am Samstag zu verzichten. Das vom Bund angeordnete Versammlungsverbot gelte nach wie vor. Der öffentliche Raum werde aufgrund der einzuhaltenden Abstände sonst schon stark beansprucht, erklärt der Gemeinderat. Ab kommenden Samstag finde zudem – unter angepassten Bedingungen – wieder der Berner Wochenmarkt statt, nach neun Wochen Unterbruch. Gebe es auch noch eine Kundgebung, würde dies zu einer unübersichtlichen Situation in der Innenstadt führen. (sda)

Offene Skigebiete führen nicht zu Strafverfolgung

Justiz Die Skigebiete, die am Samstag, 14. März noch geöffnet waren, haben nicht vorsätzlich gegen die Covid-Verordnung des Bundesrates vom 13. März verstossen. Dies geht aus der Verfügung der kantonalen Staatsanwaltschaft hervor. Dass es anfänglich zu unterschiedlichen Interpretationen kam, sei nachvollziehbar: Beim Betrieb eines Skigebietes handle es sich nicht um die Durchführung einer Veranstaltung; die Besucher trafen sich nicht, absolvierten kein gemeinsames Programm und verteilten sich auf einem grossen Gebiet.

Die von einer Privatperson eingereichte Klage wird nicht an die Hand genommen. Im Visier standen nebst den Jungfrauabanken auch Regierungspräsident Christoph Ammann. Dieser hatte die vom Bundesrat am 13. März verfügten Massnahmen zum Verbot von Veranstaltungen über 100 Personen zunächst so interpretiert, dass Skigebiete nicht zwingend geschlossen werden müssten, wenn die BAG-Empfehlungen eingehalten würden. (sda)

Die Stimmung: gedämpft statt euphorisch.

Stadtberner sollen 48 Millionen für «Weyerli»-Sanierung sprechen

Für 48 Millionen Franken soll das Freibad Weyermannshaus umfassend saniert werden. Das letzte Wort hat Ende September das Volk. Der Berner Stadtrat stellte sich am Donnerstag mit 71 zu 2 Stimmen hinter den Baukredit.

Die Badewasserqualität im «Weyerli» entspricht heute nicht mehr den Vorgaben. Zudem versickert viel Badewasser. Aus die-

sen Gründen müsse das Freibad saniert und ein Wasseraufbereitungssystem erstellt werden. Die Zeit drängt: Der Kanton toleriert den heutigen Zustand nur noch bis 2022.

Weyerli priorisieren

Zu reden gab im Stadtrat wie so oft die Zahl der Parkplätze. Eine Mehrheit forderte, dass die Stadt nach Einreichung des

Baugesuchs ein Mobilitätskonzept erstellt. Das Ziel müsse sein, die Zahl der Auto-Parkplätze so weit wie möglich zu reduzieren.

Chancenlos war eine bürgerliche Minderheit. Sie verlangte vergeblich «eine genügend grosse Anzahl Parkplätze für eines der grössten Freibäder Europas». Auf Antrag von Luzius Theiler (GaP) sprach sich der Rat

dafür aus, die «Weyerli»-Sanierung in der Sportbauten-Planung zu priorisieren. Angesichts knapper Stadtfinanzen stehe ein harter Verteilungskampf bevor, sagte Theiler. Es sei voraussehbar, dass manche Investitionen zurückgestellt werden müssten. Das «Weyerli» dürfe es aber nicht treffen. Das Freibad Weyermannshaus wurde 1958 gebaut und zieht im Sommer je-

weils fast eine halbe Million Menschen an.

Sommer 2021 geschlossen

Sagen die Stimmberechtigten «Ja» zum Sanierungskredit, sollen die Sanierungsarbeiten umgehend an die Hand genommen werden. Im Sommer 2021 bliebe das Bad geschlossen. Die Wiederöffnung wäre 2022 wieder möglich. (sda)